

Erklärung der Eurogruppe

Die Minister der Eurogruppe stimmen der Kommission und der EZB zu, dass Griechenland keinen ausreichenden Marktzugang hat und dass die Gewährung eines Darlehens die Sicherung der Finanzstabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet garantiert. In Folge des Ersuchens der griechischen Regierung stimmten die Minister des Euro-Währungsgebiets heute zu, die Stabilitätshilfe für Griechenland über bilaterale Darlehen zu aktivieren, die von der Europäischen Kommission zu den in ihrer Erklärung vom 11. April dargelegten Bedingungen zentral zusammengefasst werden. Die in einigen Mitgliedstaaten vor Auszahlung der ersten Tranche erforderliche Bewilligung durch das Parlament soll zügig erfolgen.

Die Eurogruppe ist zuversichtlich, dass die ehrgeizige Haushaltskonsolidierung und die umfassenden Strukturreformen des Programms der griechischen Regierung geeignet sind, die Haushalts- und Wirtschaftslage zu stabilisieren und die finanziellen und strukturellen Herausforderungen der griechischen Wirtschaft entschieden in Angriff zu nehmen. Das Programm unterliegt strengen Auflagen. Somit wird es auch dazu beitragen, Vertrauen wiederherzustellen und die Finanzstabilität im Euro-Währungsgebiet zu sichern.

Im Rahmen eines gemeinsam mit dem IWF finanzierten Drei-Jahres-Programms stellt das Finanzpaket 110 Mrd. Euro bereit, um Griechenland bei seinem Finanzierungsbedarf zu unterstützen, wobei die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets bereit sind, 80 Mrd. € beizutragen, davon bis zu 30 Mrd. € im ersten Jahr. Die ersten Auszahlungen werden bereitgestellt, bevor die Zahlungsverpflichtungen der griechischen Regierung am 19. Mai fällig werden.

Die finanzielle Unterstützung durch das Euro-Währungsgebiet wird unter strengen politischen Auflagen gewährt, auf Grundlage eines mit der griechischen Regierung

durch die Kommission und den IWF in Zusammenarbeit mit der EZB verhandelten Programms. Das Programm wurde am 2. Mai vom griechischen Ministerrat genehmigt und von der Eurogruppe auf der Grundlage einer Bewertung durch Kommission und EZB befürwortet.

In diesem Zusammenhang begrüßt die Eurogruppe die bisherigen Bemühungen der griechischen Regierung um entschlossene Bekämpfung der Haushaltsungleichgewichte sowie die neuen Maßnahmen, die heute im Rahmen eines mit der Europäischen Kommission, der EZB und dem IWF vereinbarten Drei-Jahres-Programms angekündigt wurden. Der IWF kündigt außerdem seine Vereinbarung auf Arbeitsebene mit Griechenland über eine Bereitschaftskredit-Vereinbarung an.

Die Hauptelemente der heute befürworteten politischen Auflagen werden in einer Entscheidung des Rates gemäß den Artikeln 126 und 136 AEUV festgehalten, die in den kommenden Tagen förmlich angenommen und in einer zwischen der griechischen Regierung und der Kommission im Namen der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets zu vereinbarenden Absichtserklärung näher bestimmt werden soll.